

FEIERLICHE ERÖFFNUNG DES STUDIENGANGS FÜR KOMMUNALWIRTSCHAFT IN EBERSWALDE

Nachhaltigkeit – Kernaspekt der Kommunalwirtschaft

Studierende aus ganz Deutschland / Von Falk Schäfer

Gerade in den Neuen Bundesländern tragen kommunale Unternehmen ganz erheblich zur gesellschaftlichen Stabilität bei. Sie garantieren, dass die elementaren Bedürfnisse der Daseinsvorsorge auch unter widrigen Vorzeichen von Überalterung und Bevölkerungsschwund weiter befriedigt werden, setzen sich mit einem breiten kulturellen und sozialen Engagement für ein aktives gesellschaftliches Leben vor Ort ein und wirken mit ihren Aufträgen als wichtige Impulsgeber für den regionalen Mittelstand. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde widmet sich schon dem Namen nach einem Schwerpunktthema kommunaler Unternehmen. Denn diese setzen sich neben den bereits geschilderten Vorzügen intensiv dafür ein, neue umweltschonende Technologien in der Versorgungswirtschaft zu implementieren und mit dezentralen Konzepten auch unter den schwierigen Rahmenbedingungen die Versorgung langfristig zu sichern. Auch der Standort Eberswalde ist von hoher Symbolik, denn gerade in der ostdeutschen Provinz sind kommunale Unternehmen aus dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben kaum mehr wegzudenken. Sie sind tatsächlich Leuchttürme für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort. Weil sie untrennbar mit den Bürgern, den Kunden und der lokalen Wirtschaft verbunden sind, engagieren sie sich eben auch dort, wo sich sonst niemand mehr findet, nehmen im besten Wortsinne gesellschaftliche Verantwortung wahr und setzen das Gemeinwohl vor kurzfristige Unternehmensgewinne. Es ist also nicht zufällig, dass die deutschlandweite Premiere eines Studienganges Kommunalwirtschaft gerade in der alten Industriestadt im Barnim zur Aufführung gelangt.

Am 14. September wurde an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) in Eberswalde der deutschlandweit erste Studiengang für Kommunalwirtschaft eröffnet. Er trägt dazu bei, dass die kommunale Wirtschaft auch im wissen-

das Studium, das mit der Masterarbeit abschließt. Zulassungsvoraussetzungen sind mindestens ein Bachelorabschluss sowie ein Jahr Berufserfahrung in kommunalen Unternehmen und Verwaltungen. Die Studiengebühr von 3.000 Euro pro Semester wird in der Regel vom Arbeitgeber übernommen. Schon jetzt ist das Interesse kommunaler Unternehmen an dem Premierenstudiengang groß. Das erweiterte Studienangebot in Eberswalde gilt bundesweit als zukunftsweisend für eine neue Generation von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in kommunalwirtschaftlichen Führungspositionen. Im Rahmen

der feierlichen Eröffnung des Studienganges wurde der Chefredakteur und Herausgeber dieses Blattes, Dr. Michael Schäfer, zum Honorarprofessor für Kommunalwirtschaft berufen.

Traditionsreicher Hochschulstandort Eberswalde

Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung hat ihre Ursprünge in der forstwissenschaftlichen Lehre und Forschung. Mit der Neugründung 1992 wurde der Fokus auf die Aspekte Umwelt- und Naturschutz erweitert. Mittlerweile besteht auch



Der Präsident der Hochschule, Prof. Dr. Wilhelm-Günter Vahrson, während seines Festvortrags

schäftlichen Diskurs endlich angemessen abgebildet wird. Ab dem Wintersemester werden sich 26 Studierende wissenschaftlich mit dem Thema auseinandersetzen. Das Studium bereitet auf Fach- und Führungsaufgaben in kommunalen Unternehmen und in wirtschaftsnahen Bereichen von Kommunalverwaltungen vor. Hierzu zählen unter anderem die Kämmereien und die persönlichen Referate der Bürgermeister in den Kommunen. Das zweisemestrige Studium ist in mehrere Phasen aufgeteilt, bei der wirtschaftswissenschaftliche und juristische Inhalte im Vordergrund stehen. Wahlpflichtfächer mit Branchenschwerpunkt vertiefen

STIMMEN ZUR ERÖFFNUNG DES STUDIENGANGES

Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG in München

„Als Kapitalpartner von rund 450 Städten und Gemeinden wissen wir um die immensen Aufgaben und Lasten der Kommunen und ihrer Wirtschaftsunternehmen. Deshalb sind hoch qualifizierte Mitarbeiter ein Schlüssel zum Erfolg: Man kann diesen Studiengang nicht hoch genug bewerten. Das ist der Grund, warum wir uns in der Thüga-Gruppe für dieses einzigartige Bildungsangebot eingesetzt haben.“

Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e.V.

„Kommunale Unternehmen haben mit ihrer Gemeinwohlorientierung ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Wirtschaft. Direkt oder indirekt fließen die Gewinne wieder zurück an die Eigentümer – die Kommunen – und kommen damit letztlich allen zugute. Wir begrüßen es außerordentlich, dass es nun einen berufsbegleitenden Studiengang Kommunalwirtschaft an der Eberswalder Hochschule gibt.“

Hans-Joachim Herrmann, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der VNG Verbundnetz Gas Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft (VuB)

„Als eine der großen kommunalen Kooperationen hat die VuB an der Entwicklung und Förderung des ersten Masterstudiengangs Kommunalwirtschaft maßgeblich mitgewirkt. Überall in Deutschland nutzen Gemeinden diese exklusive Chance der Mitarbeiterqualifizierung. Gerade die Komplexität und die unsichere demografische Entwicklung einer Region erfordern gemeinsames wirtschaftliches Handeln. Ein bedeutender Beitrag dafür ist der Studiengang Kommunalwirtschaft.“



Die feierliche Eröffnung des Studiengangs im Paul-Wunderlich-Haus am Markt von Eberswalde

ein breites wirtschaftswissenschaftliches Lehrangebot. Der Präsident der Hochschule, Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson, bezog sich in seiner Festrede auf die Genesis seines Lehrinstituts, die im Mai dieses Jahres fast folgerichtig dazu geführt hätte, im neuen Signet den Gedanken der Nachhaltigkeit zu betonen. „Dieses Konzept wurde erstmals im Zusammenhang mit der forstwissenschaftlichen Forschung formuliert“, erläutert Vahrson. Georg Ludwig Hartig, im beginnenden 19. Jahrhundert einer der Pioniere dieser Fachrichtung, sah darin die Verpflichtung, die forstlichen Ressourcen so zu nutzen, dass sie mindestens im gleichen Umfang

auch den nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehen können. Vor dem Hintergrund einer extremen Verknappung natürlicher Bezugsmittel und der globalisierten Wirtschaft müsse der Begriff der Nachhaltigkeit allerdings auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden, so Vahrson.

Nachhaltigkeit besitzt daneben auch eine gesellschaftliche Konnotation, die sich gerade in vielen Regionen Ostdeutschlands nachvollziehen lässt. Hier geht es darum, die elementaren Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen und langfristig eine angemessene Lebensqualität in der Region zu sichern. Die Kommunen stünden mit ihrem

DER STUDIENGANG KOMMUNALWIRTSCHAFT IM PORTRÄT

- erster akademischer Master-Studiengang im Fach Kommunalwirtschaft
- eröffnet am 14. September 2010
- 26 Studierende von kommunalen Unternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet
- Abschluss mit dem „Master of Arts“
- konzipiert als Fernstudium mit neun Präsenzwochen am Campus in Eberswalde
- initiiert Anfang 2009 durch die zehn kommunalen Aktionäre der VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig und maßgeblich unterstützt durch den Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und die Thüga AG
- enge Verzahnung von Forschung und Lehre über die Schnittstelle zum „Wissenszentrum Kommunalwirtschaft“
- Nutzung der besonderen ost-deutschen Kompetenzen in der Kommunalwirtschaft

Sparkassen-Finanzgruppe
Hessen-Thüringen

Die, die immer für einen da sind, kann man nicht kaufen. Zum Beispiel Familie, Freunde oder die Sparkasse.

Durch ihre kommunale Bindung sind Sparkassen die Institute aller Bürgerinnen und Bürger. Sie orientieren sich an den Interessen der Gemeinschaft. Daher dürfen sie auch nicht von anderen Banken übernommen werden, die nur die Rendite ihrer Aktionäre steigern wollen. Die kommunale Trägerschaft ist die Grundlage dafür, dass sich die Sparkassen überall in Deutschland für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort engagieren können.

Dem Wohlstand ihrer Region und den dort lebenden Menschen verpflichtet: die Sparkassen.
Gut für Sie – und gut für die Region.

Grundversorgungsauftrag in einer Verantwortung, der sie sich auch unter schwierigen Marktbedingungen nicht entziehen könnten. Sie seien vor allem dort und proportional stärker gefragt, wo dieser Auftrag zur Herausforderung wird, so Vahrson. Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung in Eberswalde wolle mit der Vermittlung wissenschaftlicher Expertise die Kommunen und ihre Unternehmen bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützen.

„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, knüpft der Leiter des Studienganges, Mario Stoffels, Professor für Controlling an der HNE und Prodekan des Fachbereiches Wirtschaft, mit einem Kästner-Zitat an die Ausführungen seines Präsidenten an. Der neue Studiengang sei in erstaunlich kurzer Zeit von der Idee zur Realität gereift. „Es ist sicherlich ein Frühchen, aber keinesfalls eine Sturzgeburt“, so Stoffels. Vor allem dank der intensiven Unterstützung seitens kommunaler Unternehmen aus dem ganzen Bundesgebiet sei ein properes Baby geboren worden, dessen Entwicklung man mit Freude entgegensehen könne.

Modell Kommunalwirtschaft

Michael Schäfer, nun neuer Honorarprofessor für Kommunalwirtschaft, bezieht sich in seiner

Antrittsvorlesung insbesondere auf aktuelle Tendenzen in der globalen Wirtschaft. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hätte dazu geführt, dass erstmals seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wieder eine breite Diskussion zur Zukunft des Kapitalismus geführt werde. Einige grundlegende Parameter unserer Wirtschaftsordnung bedürften einer eingehenden Revision. „Es gibt sicherlich zahlreiche Zwischentöne, doch insbesondere der globale Finanzkapitalismus hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten zu einer weitgehend von humanistischen Werten entkoppelten Raserei um kurzfristige Profite entwickelt“, so Schäfer. Die zugrunde liegende Ideologie, Wachstum als einzig handlungsleitenden Fetisch zu begreifen, zerstöre die Grundlagen menschlichen Lebens und Zusammenlebens. „Denn die natürlichen Ressourcen sind genauso endlich, wie die geographischen Grenzen unseres Globus“, so Schäfer weiter. Kommunale Unternehmen stünden hier als Modell bereit, wie sich gesellschaftliche Verantwortung mit wirtschaftlicher Effizienz verknüpfen ließe. „Sie stellen sich dem Wettbewerb, folgen der ökonomischen Vernunft, zielen aber in erster Linie auf das Primat der Nutzenstiftung für den Bürger“, so Schäfer in seinem Resümee.

HOCHSCHULE FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG IN EBERSWALDE

Gegründet

1830 als Höhere Forstlehranstalt in Eberswalde, 1868 umbenannt in Forstakademie, 1921 Umwandlung in eine forstliche Hochschule, 1946 Neubeginn als Forstwirtschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität Berlin in Eberswalde, 1963 Schließung der Fakultät, 1992 Neugründung als Fachhochschule Eberswalde, 2010 umbenannt in Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Fachbereiche

Wald und Umwelt, Landschaftsnutzung und Naturschutz, Holztechnik, Wirtschaft

Studenten:

ca. 1.800, Hochschullehrer: ca. 50



Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), Friedrich-Ebert-Straße 28, 16225 Eberswalde,

Fon: 03334-65-7226, Fax: 03334-65-738 7226,

e-mail: Gabriele.Mittag@hnee.de,

Internet: www.hnee.de

MITTELSTANDSFÖRDERUNG PER LOSLIMITIERUNG

Effektives Steuerungsinstrument bei öffentlicher Auftragsvergabe?

Von den Rechtsanwältinnen Dr. Anne-Carolin Seidler, Monika Henkelmann und Sebastian Jungnickel

Die Neufassung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen wartet mit einer Stärkung von mittelständischen Interessen auf. Öffentliche Auftraggeber greifen insbesondere bei der Ausschreibung von VOL – Leistungen vielfach zu der Möglichkeit, eine Auftragserteilung dadurch zu steuern, dass sie die Angebotsabgabe der Bieter oder Zuschlagserteilung auf ein oder mehrere Lose beschränken, die sogenannte Loslimitierung. Mit diesem Instrument versuchen öffentliche Auftraggeber, eine größere Zahl von Bietern zu erreichen und eine Abhängigkeit von einem einzigen Hersteller zu vermeiden. Primäres Ziel der öffentlichen Beschaffung ist jedoch der wirtschaftliche Einkauf der öffentlichen Hand und die sparsame Verwendung von Steuergeldern. Öffentliche Auftraggeber stehen deswegen vor der Herausforderung, bei der Beschaffung mögliche widerstreitende Ziele und kollidierende Interessen vergaberechtskonform in Einklang zu bringen.

Vorrangige Berücksichtigung mittelständischer Interessen, § 97 Abs. 3 GWB?

Durch die Neufassung des § 97 Abs. 3 S. 1 GWB soll grundsätzlich der Mittelstand gestärkt werden. § 97 Abs. 3 GWB regelt weiter, dass öffentliche Auftraggeber Leistungen aufgeteilt (Teillose) und getrennt nach Art oder Fachgebiet (Fachlose) zu vergeben haben. Mit dem Gebot der losweisen Aufteilung eines Auftrages soll kleinen und mittelständischen Unternehmen ermöglicht werden,

Angebote abzugeben, zu deren Durchführung ihr Unternehmen – noch – in der Lage ist.

Die Formulierung des § 97 Abs. 3 S.1 GWB sollte aber nicht so ausgelegt werden, dass mittelständische Interessen gegenüber anderen Interessen vorrangig sind. Der Auftraggeber hat bei der Gestaltung eines Vergabeverfahrens zwar die Interessen des Mittelstandes zu beachten. Dies hat aber nicht zu Folge, dass Auftraggeber dem wirtschaftlichsten Angebot nicht den Zuschlag erteilen dürfen, weil es nicht von einem mittelständischen Unternehmen abgegeben worden ist. Der Auftraggeber hat die Interessen des

Mittelstandes mit seinem eigenen Interessen an einer wirtschaftlichen Vergabe abzuwägen und braucht solche eigene Interessen nicht unberücksichtigt zu lassen, die er ausschließlich durch eine Gesamtvergabe des Auftrags erreichen kann.

Das Instrument der Loslimitierung

Mit der Loslimitierung legt der Auftraggeber fest, dass jeder Bieter nur auf eine bestimmte Anzahl von Teil- oder Fachlosen Angebote abgeben darf. Bei einer